

Ist

Vera Lengsfeld

mir

Wie Angela Merkel die CDU und
Deutschland ruiniert hat

egal.



Mehr über unsere Publikationen und Autoren:

www.achgut.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne die Zustimmung des Verlags unzulässig.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen, die Speicherung und Verarbeitung auf elektronischen
Systemen und die Publikation auf Online-Medien.

Achgut Edition ist ein Verlag der
Achgut Media GmbH, Augsburg
ISBN 978-3-9825848-4-3
1. Auflage, Augsburg 2024

© Achgut Edition, Augsburg 2024
© Foto Angela Merkel auf Umschlag: Imago
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung und Satz: usus.kommunikation, Berlin
Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

Inhalt

Vorwort

Ein Farbfilm wird Merkels Bilanz nicht retten 7

Teil 1 • Die Karrieristin

Der Aufstieg eines unbeschriebenen Blattes
in die große Politik 14

Ministerin für Frauen und Jugend 1991–1994 21

Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit 1994–1998 23

CDU-Generalsekretärin 1998–2002 25

Von der Parteivorsitzenden zur Kanzlerkandidatin 33

Teil 2 • Endlich Kanzlerin

Die Große Koalition 2005–2009 46

Schwarz-gelbe Interimsregierung 2009–2013 60

Merkels Eurorettung 62

Teil 3 • Die Abrissbirne

Merkels Energiekonzept 66

Abschaffung der Wehrpflicht 72

Die Große Koalition 2013–2017 72

Die unkontrollierte Masseneinwanderung 74

Keine Fehler, nirgends 84

Teil 4 • Kanzlerin Größenwahn

Afrika und die Welt beglücken	96
Organisierte Verantwortungslosigkeit	99
Interkulturelle Öffnung	103
Demontage des Grundgesetzes	105
Ehe für alle	107
Es herrscht das Parteienkartell	108
Dritte Große Koalition 2017–2021	110
Stabilitätsanker der Welt?	115
Wir hier oben – ihr da unten	116
Fragen an CDU-Parteitagsdelegierte	124
Merkels Plan für Deutschland	129
Die Kanzlerin verbreitet Fake News über Chemnitz	131
Merkels Fehler-Unkultur	137
Merkels Sprache	140
Ziel ist der „neue Mensch“	143
Die Hetzjagd auf die Demokratie	150

Teil 5 • Das Merkel'sche Endstadium

Im Schatten von Corona	158
Das Impf-Desaster	169
Lockdowns für den Klimaschutz	175
Das Afghanistan-Desaster	179
Merkels Abgesang	181
Die Kanzlerin zittert	186
Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch	190
Ein Großkreuz für die Kanzlerin des Abstiegs	191
Die CDU hat ihre Schuldigkeit getan	193



Quellen zu diesem Buch sind offen im Internet abrufbar, indem man die Stichwörter in eine Suchmaschine eingibt. Zusätzliche Angaben und Links zu wissenschaftlichen Veröffentlichungen, amtlichen Mitteilungen, Schriftwechseln und dergleichen, finden Sie in einem speziellen Dossier zu diesem Buch:

https://www.achgut.com/artikel/ist_mir_egal

Vorwort: Ein Farbfilm wird Merkels Bilanz nicht retten

Als Ex-Kanzlerin Angela Merkel am 17. Juli 2024 70 Jahre alt wurde, hat das kaum einer bemerkt. Die Innenministerin der Ampelregierung Nancy Faeser hatte das *Compact*-Magazin von Jürgen Elsässer verboten. Das dominierte die Schlagzeilen. Zwar erschienen in einigen Zeitungen, wie der *Süddeutschen*, die Merkel prominent ihre Seite Drei widmete, mehr oder weniger lange Artikel, die aber auch mehr oder weniger unbeachtet blieben. Bei ihrem Abgang hatten viele Journalisten noch Tränen vergossen und behauptet, man würde Merkel schmerzlich vermissen. Dies war allerdings nicht der Fall. Das lag weniger daran, dass die Ex-Kanzlerin nur noch selten in der Öffentlichkeit auftrat, sondern vor allem daran, dass es kein einziges positives Projekt gibt, das mit ihrer Kanzlerschaft verbunden wäre.

Die *Süddeutsche* stellte die Frage, ob Merkel eine große oder nur eine halbgroße Kanzlerin gewesen sei, und präsentierte gleichzeitig eine lange und nicht vollständige Liste ihrer Fehlentscheidungen. Was der Autor der *Süddeutschen* aber nicht einmal zu denken wagte, ist das Folgende: Sie war die schlechteste Kanzlerin seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Sie war die Kanzlerin der Zerstörung des Erfolgsmodells Bundesrepublik Deutschland. Während ihrer vier Regierungen wurden die Weichen für die Demontage des Rechtsstaates, des Grundgesetzes, der Wirtschaft und der Gesellschaft gestellt. Keiner hat das besser gewusst als sie selbst. Sie ist deshalb nicht wieder zur Wahl angetreten, damit nicht ihr, sondern ihrer Nachfolgeregierung die Schuld an dem sich abzeichnenden Desaster gegeben wird.

Allerdings bemüht sich die Ampel redlich, das Erbe Merkels zur vollen Wirkung kommen zu lassen. Während das ehemalige Erfolgsmodell Bundesrepublik Deutschland mit jedem Tag und wachsender Geschwindigkeit zerstört wird, hat Merkel unbeirrt den Kampf um ihr Bild in der

Geschichte aufgenommen. Ihre vorläufig letzte Inszenierung ist ihre Autobiografie mit dem Titel „Freiheit“. Auf dem Werbebanner für das Buch, das in mehreren Dutzend Ländern erscheint, präsentiert sich die Ex-Kanzlerin im schicken AfD-Blau. Wer immer ihr dazu geraten hat, lag nicht falsch. Wenn es ein bleibendes Merkmal ihrer Kanzlerschaft gibt, dann ist es die Partei „Alternative für Deutschland“, AfD. Der gewünschte Mythos der „Freiheitskanzlerin“ wird allerdings keinen Bestand haben.

Am 2. Dezember 2021 wurde die Kanzlerin mit dem „Großen Zapfenstreich“ der Bundeswehr verabschiedet. Merkel saß einsam und allein neben ihrer damaligen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und versuchte vergeblich, mit der Auswahl ihrer Musikstücke ihr zukünftiges Bild in Umrissen zu entwerfen. Als Leitmotiv für ihren Abschied wählte Merkel Nina Hagens 1974er Osthit: „Du hast den Farbfilm vergessen“ Aber: Ein Farbfilm würde ihre Bilanz auch nicht retten.

Die Musikauswahl der Ex-Kanzlerin war – wie viele ihrer symbolischen Handlungen, die meist missverstanden wurden – durchaus beachtlich. Ich konzentriere mich dabei auf die wichtigste Entscheidung und lasse Hildegard Kneps „Für mich soll's rote Rosen regnen“ und das traditionelle Kirchenlied beiseite: „Du hast den Farbfilm vergessen“ ist ein cooler, schmissiger Song, ein ostdeutscher Ohrwurm, den die damals 19-jährige Nina Hagen umwerfend darbot. Man kann ihren Auftritt bei „Ein Kessel Buntes“, der erfolgreichsten Unterhaltungssendung des DDR-Fernsehens, noch heute im Internet bewundern. Merkel und Nina Hagen sind fast der gleiche Jahrgang: Ich bin mir sicher, dass Angela Merkel auch besondere persönliche Erinnerungen mit dem Lied verbindet – und die haben einen Pferdefuß. Schon zwei Jahre nach der Premiere des Ohrwurms verließ Nina Hagen im Zuge der Biermann-Affäre die DDR. Sie folgte ihrer Mutter Eva-Maria Hagen – die ehemalige, viel besungene Geliebte von Biermann – und machte im Westen Karriere außerhalb des süßlichen Schlagerbetriebs. Nach ihrem Weggang wurde der Hit in der DDR kaum noch gespielt und erlebte seine Renaissance erst nach dem Mauerfall. Er ist einer der ganz großen Hits diverser Ostalgie- und Erinnerungswellen.

Politisch ist die Wahl Merkels nicht zu beanstanden – sie unterstützt eine Künstlerin, deren Wirken und Hit keine unnötige Nähe zum SED-

„Früher hätte ich gesagt, dass man Politik gestalten kann. Jetzt würde ich sagen, dass man anderen wieder etwas abjagt. [...] Das ist so ein bisschen wie Schiffe versenken. Wenn ich einen Treffer lande, finde ich das unheimlich toll.“

Aus Herlinde Koelbl „Angela Merkel. Portraits 1991–2021“

Teil 1

Die Karrieristin

Der Aufstieg eines unbeschriebenen Blattes in die große Politik

Angela Merkel war keine Bürgerrechtlerin, wie fast alle ihre Biografen irgendwie nahelegen wollen. Aber sie sah, wie kaum ein anderer, in der Friedlichen Revolution und dem Vereinigungsprozess ihre Chance. Sie erzählte gern – auch mir – wie sie sich nach dem Mauerfall, als es ungefährlich wurde, aufmachte, um Anschluss an die neu entstandenen politischen Bewegungen zu suchen. Ihre erste Wahl war die SDP, wie die neu gegründeten Sozialdemokraten der DDR ein paar Wochen lang hießen. Sie traf im ersten richtigen Büro der jungen Partei ein, das sich im „Haus der Demokratie“ in der Berliner Friedrichstraße befand.

Der ehemalige Sitz der SED-Bezirksleitung Berlin war vom neuen Parteivorsitzenden der SED-PDS Gregor Gysi den neu gegründeten Parteien „geschenkt“ worden. Im Büro saß Angelika Barbe, Bürgerrechtlerin und Mitbegründerin der SDP. Barbe kannte Merkel natürlich nicht, war aber überrascht, mit welchem Anspruch unter Berufung auf ihren Dokortitel sie auftrat. Merkel wollte gleich ganz oben mitmachen. Barbe erwiderte, das sei so nicht möglich, Merkel müsse sich an den für ihren Wohnort zuständigen Kreisverband wenden. Das wollte Merkel nicht. Man trennte sich kühl. Merkel gab später als Begründung an, sie hätte Barbe so unmöglich gefunden, dass die Sozialdemokraten für sie nicht mehr infrage kamen.

Ihre nächste Station war der Demokratische Aufbruch, der damals noch vom guten Bekannten ihres Vaters, dem Kirchenjuristen Wolfgang Schnur geleitet wurde. Der DA war wesentlich kleiner als die SDP, Personal im Büro war knapp, also konnte sie gleich „ganz oben“ als Pressesprecherin der Partei, vor allem aber von Schnur, mitmachen. Schnur sah sich nach der Gründung der „Allianz für Deutschland“, dem ein kleinerer Teil des DA beigetreten war, im Wahlkampf für die erste und letzte frei gewählte Volkskammer der DDR schon als künftigen Ministerpräsi-

denten. Er wurde von den meisten Medien auch so hofiert. Etwas von dem Glanz fiel dabei natürlich auf Merkel.

Ich war damals Spitzenkandidatin der Grünen Partei der DDR und ihre Pressesprecherin, saß also auch im „Haus der Demokratie“, nur wenige Büros entfernt von Merkel. Eines nachmittags kurz vor der Wahl bekam ich Besuch vom Vorstand des Demokratischen Aufbruchs und von Merkel. Ich sah in verwirrte Gesichter. Es dauerte etwas, bis einer das Wort ergriff. Man hätte Informationen bekommen, dass Wolfgang Schnur Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen sei. Von mir wollten sie wissen – da Wolfgang Schnur mein Anwalt gewesen war, als ich im Stasi-gefängnis Hohenschönhausen saß –, was ich dazu meinen würde. Ich konnte die Leute nicht beruhigen. Ich musste ihnen sagen, dass ich als Gefangene der Staatssicherheit Schnur als jemanden erlebt hatte, der im Auftrag der Staatssicherheit handelte, und dass ich das schon 1988 im „Friedrichsfelder Feuermelder“, einer Publikation der Opposition, veröffentlicht hatte.

Bei dieser Gelegenheit lernte ich Merkel kennen. Sie machte mir aufgebracht Vorwürfe, ich verbreite üble Nachrede. Zwei Tage später stand die Nachricht über Schnurs Stasitätigkeit in allen Medien und Merkel forderte gegenüber der Presse sehr effektiv Aufklärung. Schnur wurde als Spitzenkandidat der Allianz für Deutschland durch Lothar de Maizière ersetzt, der dann nach einem grandiosen Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ letzter Ministerpräsident der DDR wurde. Für Merkel bedeutete das eine höhere Stufe auf der politischen Karriereleiter. Sie wurde de Maizières Stellvertretende Regierungssprecherin. Wobei mich stutzig machte, als ich las, dass de Maizière auf Fragen von Journalisten antwortete, Merkel sei ihm vorgestellt worden. Sie sei ihm vorher nicht bekannt gewesen. Wie glaubhaft ist das? Immerhin haben Merkels Vater und Clemens de Maizière, der Vater von Lothar, in der Evangelischen Kirche der DDR eng zusammengearbeitet.

Bekanntlich ging die DDR schneller zu Ende, als die Politiker aller Seiten erwartet hatten. Am 3. Oktober 1990 erfolgte die Vereinigung und im Dezember dieses Jahres wurde der erste gemeinsame Bundestag gewählt. Angela Merkel trat als direkt zu wählende Abgeordnete des Wahl-

kreises 15 (Stralsund, Landkreis Nordvorpommern und Landkreis Rügen) an. Wie es dazu kam, hat sie mir selbst erzählt. Es war der ostdeutsche Chefunterhändler des Vereinigungsvertrages Günther Krause, der Merkel darauf aufmerksam machte, dass auf Rügen eventuell die Möglichkeit bestand, sich den Wahlkreis Stralsund/Rügen/Grimmen zu erobern. Er machte Merkel mit dem späteren Landrat Wolfhardt Mol Kentin bekannt, der über keinen geeigneten Kandidaten für die Bundestagswahl verfügte. Mit seinem Einverständnis warf sie ihren Hut gegen die Kandidaten aus Rügen und Stralsund, die beide aus dem Westen kamen, in den Ring.

Die Wahl fand auf Rügen statt, und zwar in Prora, dem KDF-Bau der Nazis, der damals noch Kaserne der Nationalen Volksarmee war. Mol Kentin hatte für die Wahl zwei Busse organisiert. Es gab noch keine Wahlmänner, sondern die Basis wählte. Im ersten Wahlgang erhielt der Kandidat aus Rügen die Mehrheit der Stimmen. Damit hatte sich für seine Unterstützer die Sache erledigt. Viele gingen nach der Auszählung nach Hause. Landwirte müssen morgens früh aufstehen. Sie wussten nicht, dass ihr Kandidat, weil er nicht die absolute Mehrheit erhalten hatte, in einem zweiten Wahlgang bestätigt werden musste. Im zweiten Wahlgang hatten die ohnehin auf den Bus wartenden Wähler aus Grimmen die Mehrheit, denn sie waren weiter anwesend. Merkel gewann diesen Wahlkreis dann insgesamt achtmal.

Ich begegnete ihr wieder, als der erste gemeinsame Bundestag im Reichstag in Berlin zusammentrat. Aus irgendeinem Grund hatte uns der Fahrdienst ein gemeinsames Auto zugewiesen. Ich saß mit Merkel und ihrem künftigen Ehemann Joachim Sauer auf dem Rücksitz (er in der Mitte). Merkel sprach mich ziemlich aufgebracht auf eine Veröffentlichung von *Bild* an, in der neue Frauen für den Bundestag vorgestellt wurden. Das waren sie für die CDU, Elke Leonhard für die SPD und ich für Bündnis 90/Grüne. An die FDP und die PDS-Abgeordnete kann ich mich nicht mehr erinnern. Merkel regte sich auf, dass Elke Leonhard mit einem dreimal so großen Foto abgebildet war als die Übrigen. Wenn, dann hätten doch Andere das verdient, zum Beispiel ich. Ihr war aber deutlich anzumerken, dass sie dabei nicht an mich, sondern an sich dachte. Meine nicht ganz ernst gemeinte Antwort, Elke Leonhardt wäre eben die Schönste von

„alternativlos“

Angela Merkel, Unwort des Jahres 2010

Teil 3
Die Abrissbirne

Als die DDR unterging und das Ausmaß der Bespitzelung durch die Staatssicherheit öffentlich wurde, hatten mich am meisten Geständnisse von Westdeutschen irritiert, dass sie nicht wüssten, ob sie nicht auch an die Stasi berichtet hätten. Nun zeigte sich die große Bereitschaft von Mitbürgern, die neu eingerichteten Denunziationsplattformen zu benutzen. Während die Führungsoffiziere der Stasi ihre Informanten noch mühsam rekrutieren und mit viel persönlichem Aufwand bei Laune halten mussten, wird jetzt freiwillig geliefert. Es wird auch ausdrücklich immer wieder ermuntert, auch Äußerungen unter der Strafbarkeitsgrenze zu melden und gern auch eine gänzlich unberechtigte Meldung abzuliefern. Das ist eine neue Dimension von Denunziation, deren Beschreibung als eine Wiederkehr der DDR-Verhältnisse eher verharmlosend ist. War Merkel geschmeichelt, als UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon sie zur „wahren moralischen Stimme der Welt“ erklärte? Anscheinend ja, denn es ist genau die Wirkung, die sie erzielen wollte. Ob das Land, dem sie angeblich dienen wollte, oder gar Europa, durch ihren moralischen Totalitarismus bleibende Schäden davontragen würden, schien ihr egal zu sein. Ihr schien ebenfalls nicht in den Sinn zu kommen, dass ein Lob aus dem Munde eines erklärten Israelhassers mehr als zweifelhaft ist.

Keine Fehler, nirgends

Als die Erschütterungen, die Merkels Politik der ungebremsten, unkontrollierten Einwanderung hinterlassen hatte, nicht mehr zu übersehen waren, entschloss sich Merkel zu einer Scheinkorrektur. Sie reiste nach Ankara und handelte mit Recep Tayyip Erdoğan, dem Präsidenten der Türkei, einen Deal aus.

„Sie hat das unmöglich Scheinende möglich gemacht und ihr erstes maßgebliches Zwischenziel erreicht, nämlich eine Übereinkunft mit Ankara, die Voraussetzungen dafür schaffen soll, wieder zu geordneten Verhältnissen an den europäischen Außengrenzen zurtückzukehren“, jubelte Volker Zastrow in der *FAZ* (20.3.2016). Wirklich? Wer sich den Text

der Vereinbarung anschaute, fragte sich, woher dieser Optimismus kam. Die Vereinbarung war das Papier nicht wert, auf das sie geschrieben worden war. Es gab handfeste Zugeständnisse an die Türkei, was Visafreiheit und Neubelebung der Beitrittsverhandlungen zur EU anging. Davon abgesehen gab es nur das Prinzip Hoffnung und illusorische Festlegungen. Die *FAZ* hatte eingeräumt, dass es „Rückschläge“ geben könnte. Der Wahrheit näher kam der Verdacht, dass dieses Abkommen von Anfang an nicht funktionierte.

Für jeden Syrer, der aus Griechenland in die Türkei zurückgewiesen werden würde, sollte ein Syrer aus den Flüchtlingslagern der Türkei über legale Verfahren in die EU kommen. Das sollte ab dem 4. April 2016 gelten und dazu führen, dass die irreguläre Einreise nach Europa an Attraktivität verliert. Für dieses Umsiedlungsverfahren sollten zunächst 18.000 Plätze zur Verfügung stehen. Schon das war absurd, denn es befanden sich weit mehr Menschen in den griechischen Lagern. Wie die EU hoffen konnte, dass die Zahl von 18.000 nicht erreicht werden würde, ist eines der vielen Rätsel.

Kein Rätsel, nur das Produkt gewollten Wegschauens war es, was in Folge der Merkel'schen Flüchtlingspolitik alles schief lief und weiterlief, und wer davon profitierte. Beinahe hätte es im griechischen Idomeni geklappt. Am Morgen nach der Landtagswahl 2016 sollten tausende „Flüchtlinge“ die Grenze zu Mazedonien überschreiten und Europa unter Druck setzen. Die Organisatoren nannten sich „Kommando Norbert Blüm“. Der ehemalige Arbeitsminister Kohls hatte sich medienwirksam in ein Flüchtlingslager begeben, um dort eine Nacht im Zelt zu verbringen. Die Sache ging schief, weil am Vorabend des für den Marsch angesetzten Termins drei Menschen bei dem Versuch, den Grenzfluss an der von den „Aktivisten“ bezeichneten Stelle zu überqueren, ertrunken waren. Das hielt die Organisatoren aber nicht auf. Sie ließen zu, dass selbst Kinder auf den lebensgefährlichen Weg mitgenommen wurden.

Die Aktion war sorgfältig geplant – nicht von den Flüchtlingen selbst, sondern anscheinend von deutschen, steuergeldfinanzierten Linksextremisten, verniedlichend „Aktivisten“ genannt. Was die gesamte Presse, die vor Ort und in den heimischen Redaktionen die Inszenierung verfolgte,

nicht hinterfragte, hatte ein Einzelkämpfer, Don Alphonso, sauber recherchiert. Sein Bericht „Wie man in Idomeni eine humanitäre Katastrophe inszeniert“ (FAZ 16.3.2016) liest sich wie ein Krimi. Er schreibt: „Als Lösung für den Durchbruch wurde erneut der aus dem September 2015 bekannte Hashtag ‚marchofhope‘ ausgegeben – und zwar auf deutscher Seite. Die erste Meldung kam vom Twitteraccount des Münchner Vereins Bordermonitoring e. V. des Migrationsaktivisten Bernd Kasperek.“ Beteiligt am „Marsch der Hoffnung“, dem inszenierten „Durchbruch“ von mehr als 1.000 Menschen, war laut Don Alphonso's Recherche das Bündnis „Moving Europe“, das sich aus einer „Kooperation von Bordermonitoring, der Berliner ‚Forschungsgesellschaft Flucht und Migration‘, von Medico International [...] und ‚Welcome to Europe‘“ zusammensetzte.

Die hierbei beteiligte Gruppe „Welcome to Europe“ hatte speziell für Migranten detaillierte Informationen im Internet und auf Flugblättern über den Zustand von Fluchtrouten unter anderem auf Arabisch und Farsi verbreitet. Die Bewegungsfreiheit sei ein Recht, das jedem zustehe, ließ man die Flüchtlinge zusätzlich wissen. Für solche Statements und ihren Aktivismus hat „Welcome to Europe“ 2013 den *taz*-Panterpreis erhalten.

Die *taz* war in ihrem Bericht über die „konzertierte Aktion“ an der Grenze erstaunlich schmallippig. Über die Organisatoren wurde kein Wort verloren. Das „Kommando Norbert Blüm“ wurde nicht erwähnt. Die mit den oben genannten „Aktivisten“ bestens vernetzte *taz* wusste von nichts. Immerhin erwähnte sie, dass die wirklichen Flüchtlingshelfer in Idomeni sich von der Aktion distanzieren.

Da brachten „Aktivisten“ unbedarfte Menschen für ihre politischen Ziele in Lebensgefahr. Da fanden vermutlich schwerer Landfriedensbruch und Schleuserkriminalität mit Todesfolge im EU-Land Griechenland statt. Wie reagierte die Politik? Gar nicht. Die Staatsanwaltschaft hätte zumindest gegen die in Deutschland angesiedelten mutmaßlichen Organisatoren wegen dieser Delikte ermitteln müssen. Tat sie aber nicht. Das Mitwirken und Ausschlichten des Ereignisses durch die dort anwesenden Journalisten/Fotografen hätte den deutschen Presserat auf den Plan rufen müssen. Geschah aber nicht. Mitglieder des Bundestages, die diesen offensichtlichen Rechtsbruch öffentlich befürwortet hatten, wie

Organisierte Verantwortungslosigkeit

Mit „organisierter Verantwortungslosigkeit“ hat Mitte der Siebziger Jahre der Regimekritiker Rudolf Bahro in seinem Buch „Die Alternative“ das System der Endzeit in der DDR beschrieben. Wer geglaubt hat, dass die Entkoppelung von Politikern von der Verantwortung für die Gesellschaft nur in ideologiegesteuerten Diktaturen möglich ist, liegt falsch. Ging es den SED-Machthabern noch um eine Idee, den Sozialismus, beschreibt Robin Alexander in seinem Buch „Die Getriebenen“ eine politische Kaste, die in der Flüchtlingskrise agiert, als wäre die reale Welt ein Videospiel, in dem es nur darauf ankommt, am Ende von den Medien als Punktsieger betrachtet zu werden – koste, was es wolle. Das war nicht Merkel allein, aber sie war das Gesicht dieses Spektakels, das den Namen Politik nicht verdient.

Robin Alexanders Buch „Die Getriebenen“ war reiner Sprengstoff. Wäre es in der Ära Kohl erschienen, hätte es die Regierung Kohl am nächsten Tag nicht mehr gegeben. Merkel dagegen hat es nicht geschadet, obwohl ihre sogenannte Flüchtlingspolitik als ein einziges Gewebe aus Fehlinformationen, Täuschungen, Kanzlerinnen-Alleingängen, Abwesenheiten in entscheidenden Momenten, Trotzreaktionen, Ahnungslosigkeit und Inkompetenz beschrieben wird. Es macht fassungslos, zu lesen, wie diese Gemengelage aus koordinierter Verantwortungslosigkeit das Schicksal nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas auf eine schiefe Ebene gebracht hat, von der man bis heute nicht weiß, wohin sie uns noch rutschen lässt.

Noch beunruhigender ist das Schweigen der Mainstream-Medien, die in der „Flüchtlingskrise“ eine unguete Rolle gespielt haben. Sie haben sich längst von ihrer Bestimmung als Kontrolleure der Macht gelöst und sind Teil des Machtkartells geworden. Robin Alexander bemerkt das fast nebenbei: „Unter Angela Merkel hat sich das Bundespresseamt gewandelt von einer Behörde, die über die Arbeit der Regierung informiert, zu einer Behörde, die vor allem für die Regierung ermittelt, was die Bürger

denken und fühlen.“ Oder angeblich denken und fühlen, denn an den Resultaten dieser Ermittlungen kann man erhebliche Zweifel haben.

Eine der Thesen von Alexander, die er zur Entlastung von Merkel entwickelt hat, ist, sie sei von der Volksmeinung zur Grenzöffnung getrieben worden. Eine Woche nach der Grenzöffnung sei laut Umfragen für 82 Prozent der Deutschen das Thema „Flüchtlinge“ das wichtigste gewesen. Weitere elf Prozent hätten sich für die Themen Ausländer, Zuwanderung, Integration entschieden. Daraus zu folgern, es hätte 93 Prozent Zustimmung zu der von Angela Merkel ausgelösten Masseneinwanderung gegeben, halte ich für irreführend. Auch ich, wäre ich befragt worden, hätte angegeben, dass „Flüchtlinge“ das wichtigste Thema seien, aber weil ich wie viele andere, über den unkontrollierten Zustrom von hauptsächlich waffenfähigen jungen Männern entsetzt war. Mehr als Merkels freundliches Gesicht oder gar die Flüchtlingsselfies der Kanzlerin sollen die Bahnhofsjubler die Flüchtlinge nach Deutschland gezogen haben. Leider fehlen uns Untersuchungen, wer diese Menschen waren, die junge männliche Erwachsene mit Küsschen, Teddybären und anderem Spielzeug begrüßt haben. Auf dem Frankfurter Hauptbahnhof wurde das Ankunftsgleis der Flüchtlingszüge jedenfalls von Linksradiakalen besetzt, die spontane Hilfswillige sogar vertrieben haben. Aus wenigen tausend Menschen – von denen etliche Aktivisten diverser Flüchtlingshilfegruppen waren, die von Staatsgeldern leben – auf die Stimmung in der Bevölkerung zu schließen, ist mehr als kühn. Tatsächlich war die angebliche gesamtdeutsche Euphorie schon nach weniger als drei Wochen vollständig verflogen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es von der Bevölkerung wenig Widerstand gegeben hätte, wären die Grenzen am 13.09.2015 tatsächlich wieder geschlossen worden. Nur mit dem Widerstand der Medien und der Flüchtlings-Profiteure wäre zu rechnen gewesen. Grund genug für die mediensüchtige Kanzlerin, ihren fatalen Fehler nicht zu korrigieren. Ihr Image war alles, Verantwortung für die Gesellschaft und ihre Politik fühlte sie nicht. Sie sagte das in einer Bundestagsfraktionssitzung, bei der sie Kritik einstecken musste, selbst: „Ist mir egal, ob ich schuld am Zustrom der Flüchtlinge bin, nun sind sie halt da.“

Allein dieser Satz, der den Titel dieses Buches inspirierte, disqualifizierte sie als Kanzlerin. Um die „Flüchtlingspolitik“ fortsetzen zu können, wurde mit einer Propagandakampagne das Land gespalten. „Nazi oder Flüchtlingshelfer? Jeder muss sich jetzt entscheiden“ (Alexander). Als einer der ersten bekam das der Historiker Jörg Baberowski zu spüren, der sehr früh die Grenzöffnung kritisierte. Seitdem wird die Nazikeule gegen Andersdenkende exzessiv geschwungen und die Meinungsfreiheit immer mehr eingeschränkt. Gleichzeitig wurden von Politik, Medien und ihren willigen Helfern Legenden um die Flüchtlinge gesponnen: „Der Flüchtling als Erlöser von schrecklicher deutscher Vergangenheit, von peinlichen ostdeutschen Landsleuten und überhaupt allen schlechten Gewohnheiten [...] Die Flüchtlinge sollen die Deutschen nicht nur von ihrer unseligen Vergangenheit befreien, sondern auch vor ihrem zukünftigen Schicksal als überaltertes Volk bewahren“ (Alexander).

Während die SED-Propagandisten nicht selbst an ihre Legenden glaubten, fiel die Merkel-Regierung auf die von ihr angestoßene Propaganda selbst herein. Sie schrieb einen Wettbewerb aus. Gemeinden könnten sich um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen bewerben. Ob auch nur eine einzige Bewerbung einging, ist unbekannt. Kurz nach dieser absurden Initiative wurden die Gemeinden förmlich überrannt.

Auch die Wirtschaft verlor ihren Verstand. Stellvertretend sei hier Daimler-Chef Dieter Zetsche genannt, der die Neuankömmlinge zur Grundlage eines neuen Wirtschaftswunders erklärte. Wie zu erwarten war, ist das Wirtschaftswunder bis heute ausgeblieben. Am Ende haben alle DAX-Unternehmen zusammen bislang nur eine zweistellige Zahl von diesen „Hochqualifizierten“ eingestellt. Die Propaganda wurde von der Realität widerlegt. Bis heute gibt es mehr Flüchtlinge, die Bürgergeldempfänger sind, als „neu Hinzugekommene“ – wie sie heute heißen – in Arbeit.

Auch Robin Alexander verwechselte diesen Propagandafeldzug mit der Bevölkerungsmeinung und sprach Merkel eine „Mitschuld“ zu, weil sie auf der „Bevölkerungsbegeisterung gesurft“ sei. Die Bevölkerung hatte keine Zeit für Begeisterung, sie war viel zu beschäftigt. Irgendeine Vorbereitung auf den Massenansturm von zeitweilig zehntausend Menschen am Tag gab es seitens der Regierung nicht. Dass es nicht zur Katastrophe

Die Hetzjagd auf die Demokratie

Niemand wusste besser als die Kanzlerin selbst, dass ihre Politik gescheitert war. Deshalb hatte sie bereits ihren Parteivorsitz abgegeben, damit ihrer Nachfolgerin die Blamage der Europawahl 2019 angeheftet werden konnte. Die Wahl zum Parteivorsitz war ein wochenlanger Dreikampf zwischen Friedrich Merz, Jens Spahn und Annegret Kramp-Karrenbauer, die gewählt wurde, weil sie, nicht Friedrich Merz, die „merkelfernste“ Rede gehalten hatte. Merkels scheinbarer Kritiker und heimlicher, treuester Verbündeter Wolfgang Bosbach, der 2015 den einzigen Antrag von etwa 70 Bundestagsabgeordneten der Union gegen Merkels Grenzöffnung zu Fall gebracht hatte, gab schon Tage vor der Europawahl seine Kritik an Annegret Kramp-Karrenbauer den Medien zu Protokoll. Die Wahl endete mit dem historischen Tiefstergebnis von 22,6 Prozent für die CDU. Tatsächlich wurde Kramp-Karrenbauer dafür verantwortlich gemacht. Es kam für sie aber noch schlimmer.

Kramp-Karrenbauer war gerade vier Wochen im Amt, als sie versuchte, sich von Merkel zu emanzipieren und die Flüchtlingspolitik zu korrigieren. Sie lud Fachpolitiker, Experten und Parteiführung zu einem zweitägigen Werkstattgespräch mit dem Titel: „Migration, Sicherheit und Integration“ ins Konrad Adenauer-Haus ein. Merkel blieb diesem Werkstattgespräch nicht nur fern, sie ging mit zwei Freundinnen in einer Hotelbar am Rande des Regierungsviertels Cocktails trinken, nicht ohne vorher der *Bild* einen Tipp gegeben zu haben. Das ganze politische Berlin, nicht nur die CDU, verstand das Signal. Auch den Medien war klar, was gemeint war. Wurde Kramp-Karrenbauer von ihnen anfangs so freundlich porträtiert, dass schon Spekulationen entstanden, bei AKK, wie sie der Kürze halber genannt wurde, könnte es sich um die neue Kanzlerin handeln, war das schlagartig vorbei. Nun wurde sie verrissen. Merkel führte vor, dass sie sich auf die Medien verlassen konnte. Robin Alexander hat diese und andere Episoden aus den letzten Monaten von Merkel als Kanzlerin in seinem Buch „Machtverfall“ beschrieben. Übrigens erlitt Kramp-Karrenbauers Nachfolger im Parteivorsitz, Armin Laschet, ein ähnliches Schicksal. Kaum hatte er Merkel kritisiert, wurde er von den Medien unter

der Gürtellinie angegriffen. Er wurde zwar noch Kanzlerkandidat, hatte die Wahl aber schon verloren, bevor sie begonnen hatte. Wenn man heute liest, was sich damals abgespielt hat, könnte man den Eindruck gewinnen, Merkel wollte keinen Unions-Sieg mehr, sondern den Staffelnstab an die Grünen übergeben. Dazu später mehr. Vorher muss noch über ein weiteres dunkles Kapitel der Ära Merkel erinnert werden.

Im Thüringer Landtag wurde am Mittwoch, dem 5. Februar 2019, im dritten Durchgang der Kandidat der FDP, Thomas Kemmerich, mit den Stimmen der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt. Man wird in der Geschichte wohl kein Beispiel finden, welches veranschaulicht, wie in einer Demokratie von Politik und Medien so offen ein urdemokratischer Prozess dämonisiert und ein gewählter Ministerpräsident einer solchen Hasskampagne von Politikern und Medien ausgesetzt wurde, dass er und seine Familie sofort unter Polizeischutz gestellt werden mussten. Der Vernichtungswille, den Politik und Medien nach der Ministerpräsidentenwahl in Thüringen an den Tag gelegt haben, lässt nicht nur mich schaudern.

An die Spitze der Kampagne hatte sich Bundeskanzlerin Merkel gesetzt, die vom fernen Südafrika aus verlangte, das Ergebnis der Wahl müsse „rückgängig“ gemacht werden. Außerdem sei es „unverzeihlich“. Merkel hatte damit klargemacht, was sie vom im Grundgesetz geforderten freien Abgeordneten, der nur seinem Gewissen verpflichtet ist, und der freien, geheimen Wahl hält: Nichts. Die Kanzlerin einer Demokratie hat sich damit von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unmissverständlich verabschiedet. Die Medien, die eigentlich die Aufgabe hätten, die Regierung zu kontrollieren, sekundierten Merkel begeistert. Robin Alexander schreibt in „Machtverfall“, Merkel hätte es aus Angst, die SPD könnte die Große Koalition verlassen, getan. Ich halte das nicht für plausibel. Die SPD war ja nach den gescheiterten Jamaika-Verhandlungen nur zweite Wahl. Merkel regierte längst informell mit den Grünen, und die FDP wäre bereit gewesen – das beweist der Druck des FDP-Vorsitzenden Christian Lindner auf Kemmerich zurückzutreten –, als Regierungspartner einzuspringen.

Um die Sache noch unheimlicher zu machen: Takt- und Stichwortgeber der Hasstirade, die in alle Mainstream-Medien schwappte, war die

umbenannte SED, die nie aufgelöst wurde und heute Linke heißt. Ausgerechnet am Jahrestag der Ermordung des 17-jährigen Chris Gueffroy, der sich in den Augen der Machthaber schuldig gemacht hatte und zum letzten Todesopfer an der Berliner Mauer wurde, nur weil er den SED-Staat verlassen wollte, setzte die ehemalige Staatspartei mit Hilfe psychologischer Kriegsführung zum Generalangriff auf die Demokratie an.

Benjamin Hoff, der Strategie Bodo Ramelow, verstieg sich zu der Behauptung, Thomas Kemmerich wäre von Gnaden derer, die Millionen Menschen in Buchenwald ermordet hätten, in die Thüringer Staatskanzlei gekommen (*Westdeutsche Zeitung*, 06.02.2020). Damit hat er zum perfidesten Mittel gegriffen, das möglich ist: Die Instrumentalisierung von Nazi-verbrechen als Kampfmittel gegen politische Mitbewerber. Ex-Ministerpräsident Ramelow folgte seinem Vordenker und tweetete ein Hitlerzitat, das nahe legen sollte, er sei von einer Nazi-Partei als Ministerpräsident verhindert worden. Binnen Stunden wurde die Nazi-Parole, von Politikern und Medien aufgegriffen. Der Kommentar des ZDF-Chefs Peter Frey zur Thüringenwahl hörte sich an, als sei er von Benjamin Hoff geschrieben worden. Jedenfalls faselte auch Frey davon, mit der Wahl wäre der Weg nach Buchenwald geöffnet worden. Weder Hoff noch Frey scheint in ihrem ideologischen Furor bewusst gewesen zu sein, dass das ehemalige KZ im späteren Herrschaftsbereich der SED nach dem Sieg über die Nazidiktatur von ihren sowjetischen Genossen als Speziallager weiter in Betrieb war und dort Tausende ohne Prozess einsaßen und umkamen. Aber auch Alexander Graf Lambsdorf von der FDP, Paul Ziemiak von der CDU und Markus Söder von der CSU sprachen von Nazis und übernahmen damit das Stichwort der SED-Linken.

Besonders absurd war der Nazi-Vorwurf aus dem Munde von CDU-Politikern, denn der größte Teil des AfD-Programms ist aus dem Wahlprogramm der CDU von 2005 übernommen, das Angela Merkel als Parteivorsitzende und Spitzenkandidatin zu verantworten hatte. Dagegen ist das Programm der Linken nach wie vor auf Überwindung der Demokratie ausgerichtet. Sie strebte ausweislich ihres Europawahlprogramms 2019 den Sozialismus in Europa an. Was sich in Deutschland abspielte, war tatsächlich ein Dammbbruch. Der schleichende Abbau von Demokra-

„Glauben Sie keinen Gerüchten, sondern nur den offiziellen Mitteilungen, die wir immer auch in viele Sprachen übersetzen lassen.“

Angela Merkel, 17. März 2020

Teil 5 Das Merkel'sche Endstadium

Im Schatten von Corona

In der Geschichte der Pandemie, die keine war, gibt es zwei merkwürdige Begebenheiten. Merkel, die bekanntlich während ihrer Amtszeit kein Land so oft besucht hat wie China, besuchte im September 2019 die Krankenstation der Tongji Medical University in Wuhan. Diese Kunststadt hat zwar mehr Einwohner als New York, spielt aber für die große Weltpolitik, in der sich Merkel so gern bewegt, keine Rolle. Selbst die chinesischen Studenten, mit denen die Kanzlerin sprach, wunderten sich. Warum sie ausgerechnet nach Wuhan gekommen sei? Sie sei schon einmal über Wuhan hinweggeflogen und habe den Jangtse-Fluss gesehen. Da hätte sie beschlossen, die Stadt zu besuchen. Als Merkel dort war, müssen die chinesischen Behörden bereits vom SARS-CoV-2 gewusst haben, das wenige Wochen später die ganze Welt erschreckte. Aber der hohe Gast blieb ahnungslos. Weder Merkel noch ihr Gefolge steckten sich an.

In der Zeit zwischen Weihnachten und dem 7. Januar war Merkel nicht im Kanzleramt. Ihr Kanzleramtsminister Helge Braun hielt 2019/2020 Stallwache. Weil die Tage so still und ereignislos waren, vertiefte sich der ehemalige Narkosearzt in die Lektüre eines Newsletters der Globalen Initiative für Gesundheitssicherheit. Dort fand er einen Bericht über eine „virale Lungenentzündung unbekannter Ursache in Zentralchina“. Robin Alexander fragt sich in „Machtverfall“: „Wieso nimmt ein Kanzleramtschef, der die gesamte Politik der Bundesregierung im Blick haben muss, ausgerechnet diesen Hinweis zu einem Spezialgebiet zur Kenntnis?“

Eigentlich wäre das die Sache des Robert Koch-Instituts gewesen. Die Antwort kennen wir heute noch nicht. Es handelt sich hierbei um ein Rätsel, von denen es in der Corona-Krise viele gab. Dazu gehört, warum Merkel nicht auf die chinesischen Behörden sauer war, die ihr eine unter Umständen lebensgefährliche Situation verschwiegen hatten. Eine mögliche Antwort wäre, dass Chinas rasantes wirtschaftliches Wachstum die Erholung der deutschen Exportindustrie nach der Finanz- und Eurokrise beförderte. Merkel hielt deshalb Deutschland aus den Handelskonflikten anderer westlicher Staaten mit China heraus. Dass die Exportindustrie in Abhängigkeit von China geriet, nahm die Kanzlerin in Kauf. Im Ge-

genteil. Sie trieb ein Investitionsabkommen mit China voran, das Rechtssicherheit für europäische Firmen in China schaffen und die Übernahme europäischer Firmen durch China regeln sollte. Dieses Abkommen, das ihre Kanzler- und Europäische Ratspräsidentschaft krönen sollte, trat zwar in Kraft, fand aber wenig Verständnis bei den westlichen Partnern und brüskierte den frisch gewählten Präsidenten Joe Biden, der Merkel gebeten hatte, mit dem Abkommen zu warten, bis er eine gemeinsame Linie aller westlichen Staaten gegen China aufgebaut hätte. Später nutzte China den Unfrieden, den das Abkommen zwischen Europa und den USA gestiftet hatte, geschickt aus.

Zu Beginn der Corona-Pandemie hielt sich die Merkel-Regierung jedenfalls mit Kritik an Chinas Falschinformations-Politik stark zurück. Anfang Februar, als die Luftwaffe deutsche Staatsbürger aus Wuhan evakuierte, war der Hinflug vollgeladen mit 5,4 Tonnen medizinischen Materials – Schutzanzüge, Gummistiefel, OP-Masken, Schutzbrillen, Einmal-Handschuhe – alles, was kurz darauf in deutschen Kliniken fehlte. In der Corona-Krise agierte Deutschland anfangs fast wie ein Verbündeter Chinas.

Es gab zwei deutlich unterschiedliche Phasen in der Merkel'schen Corona-Politik. Am Anfang wurde die Seuche nicht gefährlicher als eine milde Grippe eingeschätzt. Es reiche aus, dass die Kranken zuhause blieben, die Gesunden könnten weiter am öffentlichen Leben teilnehmen, hieß es. Das waren die Empfehlungen der WHO bis Anfang März. Dann begann Phase zwei, in der von „Modellierern“ – so nennt man Wissenschaftler, die mithilfe von Simulationen versuchen, Aussagen über die Zukunft zu treffen – Millionen von Toten vorausgesagt und der Zusammenbruch des Gesundheitswesens angenommen wurde. Merkel wartete ab und überließ ihrem Gesundheitsminister die Kommunikation. Aber sie passte ihr persönliches Verhalten den neuen Umständen an. Sie macht keine Auslandsreisen mehr und verzichtete auf den Handschlag bei der Begrüßung. Sie ließ es zu, dass Innenminister Seehofer mit Horrorszenarien Panik schürte. Er gab ein Papier heraus mit dem Titel: „Wie wir Covid-19 unter Kontrolle bekommen“. Es hatte das Ziel, den „Worst Case mit allen Folgen für die Bevölkerung unmissverständlich, entschlossen und transparent zu verdeutlichen“. Das klang dann so:

„Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden [...] Viele Schwerkranke werden von ihren Angehörigen ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen und sterben, qualvoll nach Luft ringend, zuhause.“ Hier wurde die menschliche Urangst, zu ersticken, instrumentalisiert, um mit dieser Angst Politik zu machen. Statt die Bevölkerung zu beruhigen, wurde sie mit staatsfabrizierter Panikmache eingeschüchtert. Merkel, die verpflichtet war, die Richtlinien der Politik zu bestimmen, schwieg, stimmte also zu. Am 17. März 2020 hielt sie allerdings eine Fernsehansprache. Ihre Kernbotschaft: Vermeiden Sie Kontakte! Die Lage ist ernst, nehmen Sie es ernst. Mehr als 30 Millionen Menschen sollen ihre Ansprache gesehen und sich von der Kanzlerin gut verstanden gefühlt haben.

Da kann ich mir nur vorstellen, dass die Angstpropaganda gewirkt hatte. Gegen Ende ihrer Amtszeit konnte ich Merkel nicht mehr sehen, ihre Stimme nicht mehr hören, ihre hohlen Phrasen nicht mehr ertragen. Ihre Fernsehansprache zur Corona-Krise ansehen zu müssen, war eine Tortur, aber leider alternativlos, wenn man wissen wollte, worüber man schreibt. Wir sahen eine Frau, die völlig emotionslos mit schülerhafter, affektierter Betonung eine Botschaft vom Teleprompter ablas, die vorgespülte Empathie übermittelten sollte, aber alle wirklichen Informationen vermissen ließ.

Gruseliger noch als diese Rede waren die Jubelkommentare in der Staatspresse und ihrer links-grünen Anhänger in den sozialen Medien. Deren Lobhudeleien erinnerten an die Journalisten der Wochenzeitung *Die Zeit*, die im Frühsommer 1989 die untergehende DDR bereisten und behaupteten, die Bevölkerung brächte dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honnecker so etwas wie stille Verehrung entgegen.

Tatsächlich ähnelte Merkel immer mehr Erich Honecker im Endstadium. Ihre Rede strotzte vor peinlicher Selbstüberhebung: „Ich möchte Ihnen erklären, wo wir aktuell stehen in der Epidemie, was die Bundesregierung und die staatlichen Ebenen tun, um alle in unserer Gemeinschaft zu schützen und den ökonomischen, sozialen, kulturellen Schaden zu begrenzen.“ Genau das tat sie mit keiner Silbe. Sie sagte nicht, welche

Das Impf-Desaster

Nach dem Desaster bei der Maskenbeschaffung legte die Kanzlerin die Beschaffung von Impfstoffen in die Hände der EU. Deren erfolgreiche Bereitstellung sollte neben dem Abkommen mit China die zweite Krönung ihrer EU-Ratspräsidentschaft werden. Doch die Brüsseler Behörden und die zuständigen Kommissare versagten. Der angeblich rettende Stoff traf viel zu spät in Deutschland ein. Aus heutiger Sicht muss man sagen, dass dies keine Katastrophe war, denn inzwischen kann man in den RKI-Protokollen nachlesen, dass es unter den Wissenschaftlern erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit der schnell entwickelten Vakzine gab.

Neben dem Maskenzwang versuchte die Regierung Merkel, eine allgemeine Impfpflicht einzuführen, was nur halb gelang. Am Ende wurden nur medizinisches und Pflegepersonal sowie Bundeswehrangehörige einer Impfpflicht unterworfen. Wie die veröffentlichten RKI-Protokolle beweisen, war den Politikern zum Zeitpunkt ihrer Entscheidung bekannt, dass die Impfungen nicht vor Ansteckungen schützen und erhebliche Nebenwirkungen haben konnten. Ich bin überzeugt, dass Kanzlerin Merkel deshalb öffentlich mitgeteilt hat, dass sie mit der Impfung warten würde, bis sie „dran“ sei. Das war umso erstaunlicher, als sie die wichtigste Person im Land, mit den meisten beruflichen Kontakten, also eine höchst gefährdete Person war, nach der Corona-Legende also die größte Gefahr für ihre vielen Mitarbeiter. Obendrein gehörte sie der Risiko-Gruppe der Älteren an. Merkels Zurückhaltung wurde lange nicht thematisiert, weder von den Medien noch von der Opposition. Dann ermannte sich die FDP, und ihr Bundestagsfraktionsvize Michael Theurer forderte: „Es wäre sicherlich ein sehr positives Signal, wenn sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zeitnah öffentlich impfen lassen würden. Das wirkt vertrauensbildend.“ Leider war die Forderung nicht das, wonach sie aussah. Zeitnah ist ein dehnbarer Begriff. Die Zeit verging, und nichts passierte.

Dagegen schien SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach Nägel mit Köpfen gemacht zu haben. Er arbeitete einen Tag als Impfarzt in einem Leverkusener Impfzentrum. Bei dieser Gelegenheit soll er den Impfstoff

von AstraZeneca verabreicht bekommen haben. „Ich werde mich dort, wie alle Mitglieder des Impfzentrums, natürlich mit AstraZeneca impfen lassen“, sagte Lauterbach dem *Tagesspiegel*. „Wir wollen ein klares Bekenntnis zu AstraZeneca abgeben, das ist ein sicherer und guter Impfstoff.“ Wirklich? Aus Frankreich kamen Meldungen, dass zwischen 60 bis 70 Prozent des medizinischen Personals, das mit AstraZeneca geimpft worden war, an Nebenwirkungen litt. In Deutschland wurde die Impfung deshalb von vielen verweigert, die „dran“ waren. Lauterbach sprach sich aber trotz dieser Skepsis dagegen aus, die Impfreiheitenfolge zu ändern oder nicht sofort verwendete Dosen nur Freiwilligen zu spritzen. „Das würde bedeuten, dass die größten Risikogruppen, also auch Ärzte und Pfleger unter 65 Jahren, länger gefährdet sind.“ Bekanntlich gab es aber jede Menge Ärzte, Schwestern und Pfleger, die sich lieber den Gefahren aussetzen wollten, als sich impfen zu lassen. Nachdem die Bevölkerung schon dazu verurteilt worden war, die für medizinische Zwecke untauglichen FFP2-Masken zu tragen, die vom Gesundheitsminister massenhaft zu astronomischen Preisen geordert worden waren und seitdem auf Halde lagen, sollte nun der schlechte Impfstoff unbedingt unter die Leute gebracht werden. In Hamburg-Altona meldeten sich dutzende Pflegekräfte wegen Impf-Nebenwirkungen nach Verabreichung von AstraZeneca krank. Dann wurde angeordnet, den Freitag als Impftermin zu bevorzugen, damit die Nebenwirkungen am Wochenende auskuriert werden könnten. *RP-Online* meldete einen Fall aus Viersen. Ärzte hatten ihre HNO-Praxis kurzfristig geschlossen. Der Grund wurde auf einem Schild mitgeteilt: „Wir sind alle gestern Abend gegen Corona geimpft worden. 2/3 des Teams leidet unter Nebenwirkungen, so dass keine Sprechstunde stattfinden kann.“

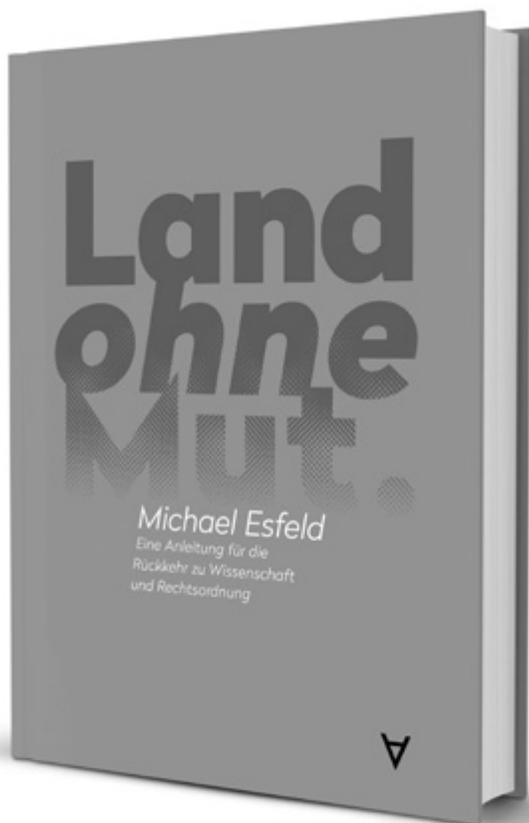
Im Viersener Impfzentrum wurde der Impfstoff von AstraZeneca für priorisierte Bevölkerungsgruppen eingesetzt, darunter Ärzte, medizinisches Personal von Krankenhäusern, Rettungskräfte und Pflegepersonal. Laut Zulassungsstudien von AstraZeneca fühlten sich etwa ein Drittel der Geimpften „fiebrig“, knapp jeder Siebente entwickelte tatsächlich Fieber. Schmerzen an der Einstichstelle, Müdigkeit, Frösteln, Kopf- und Muskelschmerzen sowie ein „allgemeines Krankheitsgefühl“ wurden als

häufigste Nebenwirkungen genannt. In zwei schwedischen Krankenhäusern hatte sich nach der Impfung ein Viertel der Belegschaft krank gemeldet. Daraufhin wurden die Impfungen vorerst ausgesetzt.

Es gab also jede Menge Grund zur Skepsis, aber es wurden keine Konsequenzen gezogen. Es wurde einfach weiter geimpft, lediglich die Strategie geändert. Nicht mehr ganze Teams, sondern nur noch einzelne Mitarbeiter sollten drankommen, um Totalausfälle wie in Viersen zu verhindern. Wetten, dass sich Kanzlerin Merkel dem Impfstoff nicht ausgesetzt hat?

Aber auch wenn AstraZeneca nicht zum Einsatz kam, gab es Probleme. Lokal wurde immer wieder von Todesfällen nach Impfungen in Altenpflegeheimen berichtet, begleitet von der Beteuerung, die Tode hätten nichts mit der Impfung zu tun. Ein krasser Fall ereignete sich in Leipzig. Bei einem schweren Corona-Ausbruch in einem Seniorenheim in der Südvorstadt war nach der Impfung fast jeder vierte Bewohner gestorben. Bekannt wurde der Fall durch den Hinweis einer Frau an die Leipziger Volkszeitung. Zum Einsatz kam ein mRNA-Impfstoff. Natürlich ließ das Blatt sofort einen Experten zu Wort kommen, der den Lesern erklärte, dass die Todesfälle in keinem Zusammenhang mit der Impfung stünden. Das war die Standard-Behauptung. In den RKI-Protokollen kann man nachlesen, dass es erhebliche Zweifel an der Wirksamkeit von AstraZeneccas Produkten gab. Ein Mitarbeiter des RKI bezeichnete im Januar 2021 den Impfstoff Vaxzevria als „weniger perfekt“. Trotzdem wurde er zugelassen, obwohl der Impfstoff schwere Thrombosen verursachte, die zu Todesfällen führen konnten. Das Paul-Ehrlich-Institut registrierte drei – sowie vier weitere – schwere Impfschäden. Die Dunkelziffer wird erheblich höher gewesen sein. Es ist anzunehmen, dass der Hersteller sein Produkt deshalb selbst vom Markt nahm. Seit Mai 2024 ist dieses Vakzin in der EU nicht mehr zugelassen.

Um den Druck auf die Bevölkerung zu erhöhen, sich impfen zu lassen, wurde die „Pandemie der Ungeimpften“ erfunden und von den willigen Medien verbreitet. Als Erster warf Ministerpräsident Söder diesen Spruch in die Debatte. Es folgte Gesundheitsminister Spahn. Ausgelöst wurde dadurch eine regelrechte Hetzjagd gegen Menschen, die sich nicht



Achgut Edition ** Bestseller **

Land ohne Mut Michael Esfeld

Menschen sind in der Lage, sich anzupassen, auch an gefährliche Situationen. Man kann dafür auf die individuelle Urteilskraft nicht verzichten. Trotzdem gibt es starke Bestrebungen, der offenen Gesellschaft ein Ende zu bereiten. Das ist keine Verschwörungstheorie, es wird unverhohlen ausgesprochen, wie der Autor nachweist. Wer sich ertüchtigen will, ein mündiger Bürger zu bleiben, kann sich hier das nötige Rüstzeug holen. Michael Esfeld ist Professor für Wissenschaftsphilosophie und Autor zahlreicher Bücher. 2010 wurde er in die Leopoldina aufgenommen, die Deutsche Nationale Akademie der Wissenschaften. / Achgut Edition, 2023 / Hardcover / ISBN 978-3-9822771-6-5 / 24,00 €